



Presseinformation von PNND

Berlin, 27. Mai 2008

„Die Abschaffung der Atomwaffen ist die beste Sicherheitspolitik!“

Bericht über die Veranstaltung „Die NATO und die zukünftige Rolle der Atomwaffen“ der Parlamentarier für nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung (PNND) und der Friedrich-Ebert-Stiftung unter der Leitung von Uta Zapf, Ko-Präsidentin von PNND am 25. Mai 2008 am Rande der Parlamentarischen Versammlung der NATO im Deutschen Bundestag

Berlin, 26. Mai 2008 Die Veranstaltung zum Thema „Die NATO und die zukünftige Rolle der Atomwaffen“ erfuhr mit ca. 40 Teilnehmern eine durchweg positive Resonanz. Internationale Experten wie Hans M. Kristensen, Mitglied der Federation of American Scientists und Martin Butcher vom britischen Acronym Institute gaben einen kritischen Überblick der NATO-Nuklearpolitik. Pol D’Huyvetter, Koordinator der Kampagne Vision 2020 für die Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden), diskutierte die Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft.

Uta Zapf forderte in ihrem Eingangsstatement, bei der Überarbeitung der NATO-Strategie die nukleare Teilhabe zu beenden und die in Europa stationierten US-Atomwaffen abzuziehen. Ein Verzicht auf eine Erstschlagsstrategie und eine strikte Ablehnung preemptiver Angriffe sei dringend nötig, auch um den ins Stocken geratenen nuklearen Abrüstungsprozesses wieder zu beleben. Sie forderte die Abgeordneten auf, sich öffentlich für die Abschaffung aller Atomwaffen stark zu machen.

Tags zuvor hatten die fünf Ko-Präsidentinnen der PNND (unter ihnen Uta Zapf) anlässlich des internationalen Frauentags für Abrüstung eine Erklärung veröffentlicht, in der sie dazu aufriefen, Verhandlungen für eine Nuklearkonvention aufzunehmen, das Atomwaffen unter Verbot stellt. Die Moderatorin Ana-Maria Gomes, Mitglied des Europäischen Parlamentes, mahnte eine Änderung in der Politik auch der NATO-Staaten an, wenn der Verbreitung von Atomwaffen wirklich ein Ende gesetzt werden solle. Sie erinnerte daran, dass die Nuklearwaffenstaaten ihren Verpflichtungen aus Artikel VI bislang nicht nachgekommen sind. Die Parlamentarische Versammlung der NATO kritisiere zwar ausführlich das Fehlverhalten des Iran, nicht aber die Mängel bei der Abrüstung der Atomwaffenstaaten. „Jetzt ist es an der Zeit, dass die Zivilgesellschaft etwas bewirkt“, äußerte Gomes.

In seinem Vortrag über die Entwicklung der Nuklearpolitik skizzierte Martin Butcher die historische Rolle der NATO bei der Rüstungskontrolle. Er konstatierte, dass seit Antritt der Bush-Regierung die NATO nicht nur inaktiv sei, sondern auch ihre Unterstützung für wichtige Abkommen zurückgezogen habe. Butcher riet zur aktiven Unterstützung der Abrüstungspolitik seitens der NATO, primär durch den Abzug der in Europa stationierten US-Atomwaffen. Diese Maßnahme in Verbindung mit einer Diskussion über die Raketenabwehr in Osteuropa könnte die Beziehung zu Russland verbessern. Russland hatte in letzter Zeit damit gedroht, europäische Ziele ins Visier seiner Atomwaffen zu nehmen.

Hans M. Kristensen bezeichnete die Position der NATO als ausgesprochen „schizophren“. Die NATO formuliere zwar jederzeit ihre Unterstützung für die Abrüstung, halte jedoch gleichzeitig an ihren Atomwaffen fest. In der NATO würde stets von einer kleinen Gruppe behauptet, einzig und allein die

Atomwaffen gewährleisteten die Einigkeit des Paktes. „Wenn die Atomwaffen der Kitt sind, der das Bündnis zusammen hält, dann hat die NATO ein echtes Problem“, urteilte Kristensen. Nach dem Ende des Kalten Krieges seien die Atombomben in Europa nun ohne jedweden politischen wie militärischen Nutzen seien. Außerdem unterminierten sie die Bemühungen um die Nichtverbreitung. Sie hinderten die NATO daran, die überlebte Mentalität des Kalten Krieges zu ändern, nährten das Misstrauen Russlands und lieferten zusätzlich Russland eine Ausrede, sein großes Arsenal an taktischen Atomwaffen beizubehalten.

Pol D'Huyvetter gab an, dass Umfragen weltweit ganz deutlich belegten, wie sehr die globale Bevölkerung Atomwaffen verabscheue und ihre Abschaffung befürworte. Das Beispiel des Hungerstreiks tschechischer AktivistInnen gegen die Raketenabwehr, so D'Huyvetter, zeige aber auch den Zwiespalt, der zwischen der Haltung der Bevölkerung und der der Regierungen klappe: Bezüglich der Abrüstung ignorierten die Regierungen den Willen ihres Volkes. Als anderes Beispiel nannte er Belgien, dessen Parlament einen Antrag für den Abzug der Atomwaffen verabschiedet habe, aber die Regierung die tatsächliche Umsetzung des Antrags bisher hinauszögere.

Mehr Informationen über PNND auf www.pnnd.de

Kontakte: Xanthe Hall, europäische Koordinatorin der PNND, xanthe@ippnw.de, 030-698074-12, Mobil 0171-435 8404 oder Chris Pilger, chris@pnnd.org, 0176 24020409
Interviews mit Hans Kristensen, Uta Zapf oder Alyn Ware (Internationaler Koordinator der PNND) können vermittelt werden